

Der weitere Verlauf der Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran könnte nicht in Islamabad, sondern in Wien entschieden werden. Denn in der österreichischen Hauptstadt befindet sich der Sitz der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA). Auf dem Juni-Treffen seines Gouverneursrats beschloss dieser erneut eine Resolution, die von vielen als „anti-iranisch“ bezeichnet wurde. Von **Dieter Reinisch, Wien**

Der Gouverneursrat ist nach der jährlichen Generalkonferenz im September das zweithöchste Gremium der IAEA. Er tagt viermal jährlich. 35 Mitglieder gehören ihm an. Doch nur 34 haben auch Stimmrecht: Venezuela zahlt seit Jahren seine Mitgliedsbeiträge nicht und verlor daher sein Stimmrecht.

Bereits in der vergangenen Woche hatte sich abgezeichnet, dass die USA einen neuen Resolutionsentwurf zum iranischen Atomprogramm einbringen könnten. IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi berichtet dem Gouverneursrat regelmäßig über den Stand des Inspektionsprozesses des iranischen Atomprogramms - laut eigenen Angaben im jährlichen Safeguard Implementation Report wurden 72 Prozent aller IAEA-Inspektionen im Iran durchgeführt.

Dies fand im Juni 2025 ein abruptes Ende: Mit den Angriffen der USA und Israels auf den Iran beendete dieser die Zusammenarbeit mit der Wiener Atombehörde. Seither fanden keine Inspektionen in gewohntem Umfang statt. Das betonte auch Grossi in seinem aktuellen Bericht: „Seit einem Jahr hat die IAEA den Zugang für Inspektionen verloren“, heißt es darin.

Ähnliches war bereits in seinem Bericht zum März-Treffen zu lesen. Doch was diesmal für Unbehagen sorgte, war, dass aus dem Umfeld von Grossi der Bericht bereits am Donnerstag an befreundete Medienvertreter gespielt wurde: Noch bevor einige Delegationen, wie Russland und die Türkei, eine Kopie erhielten, berichteten *Reuters*, *AFP* und *Bloomberg* darüber. Der russische Vertreter bei den internationalen Organisationen in Wien, Mikail Uljanov, bezeichnete es am Freitag im TASS-Interview als „eklatanten Sicherheitsbruch“ durch Grossi. Teilnehmer der russischen Delegation meinten gegenüber mir, dass Grossi das „Vertrauen“ missbraucht habe.

Dienstag morgen brachten schließlich die USA gemeinsam mit den sogenannten E3-Staaten, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, den Resolutionsentwurf ein. Im ersten, nicht veröffentlichten Entwurf, von dem ich am Montag eine Kopie erhielt, standen nur die USA als Unterzeichner.

Die Resolution zitiert den technischen Bericht Grossis und fordert vom Iran „sofortige

Bekanntgabe aller Standorte des hoch- und niedrigangereicherten Urans“ sowie den unverzüglichen Zugang dorthin für IAEA-Inspektoren. Nach fünfstündiger Debatte wurde die Resolution mit 21 Stimmen angenommen. China, Russland und Niger stimmten dagegen; zehn Länder enthielten sich der Stimme, darunter auch der Mediator der Gespräche zwischen den USA und dem Iran, Pakistan.

Am Beginn der Debatte verlas Roman Ustinov von der russischen Delegation eine gemeinsame Erklärung Irans, Chinas und Russlands, in der die Resolution als „politisiert und destabilisierend“ kritisiert wird. Am Rande des Treffens kommentierte Uljanow sichtlich erzürnt: „Die Resolution ist eine Farce, nichts anderes. Erst in den vergangenen Stunden gab es wieder israelischen Beschuss auf den Iran, und hier wird so getan, als wäre in den vergangenen Wochen nichts passiert.“

Auch die iranische Stellungnahme, die vom ständigen Vertreter bei den internationalen Organisationen, Reza Najafi, vorgebracht wurde, kritisierte diese Resolution inmitten militärischer Auseinandersetzungen: „Der Grund, weshalb die Inspektionen beendet wurden, waren die Angriffe auf iranische Nukleareinrichtungen durch die USA und Israel. Seither gab es 17 Wellen von Angriffen auf Atoanlagen“, sagte er. Besonders kritisierte der Iran, dass der US-Resolutionsentwurf am 7. Juni eingebracht wurde, genau an dem Tag, an dem der US-Präsident Donald Trump abermals drohte, Atoanlagen im Iran zu bombardieren und „das Uran selbst aus dem Land zu holen“.

Solange es Angriffe oder Drohungen gegen den Iran gibt, werde die IAEA ihre Inspektoren nicht wieder in den Iran schicken, wie die Resolution fordert, betonte Uljanov: „Es ist einfach nicht sicher.“ Er forderte von den USA Garantien, dass es nicht zu weiteren Angriffen komme: „Erst dann kann überhaupt über die Annahme einer solchen Resolution gesprochen werden.“ Denn Inspektionen können nur dann durchgeführt werden, wenn ein beiderseitiges Vertrauen und Verständnis herrschen, was derzeit nicht der Fall ist, wie in der gemeinsamen Stellungnahme von China, Iran und Russland betont wird.

Die am Mittwoch angenommene Resolution zeige, dass „einige Mitgliedstaaten an einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen der IAEA und dem Iran kein Interesse haben“, heißt es in einem Antwortschreiben des Iran auf die US-Resolution, das am Dienstag an die Mitglieder des Gouverneursrats gesendet wurde.

Dabei sah es zuletzt wieder besser aus: Die IAEA und der Iran verbesserten ihr Verhältnis. Im Februar hatte Generaldirektor Grossi an den US-iranischen Verhandlungen unter omanischer Leitung in Genf teilgenommen. Am vergangenen Montag und Dienstag gab es dann erstmals wieder IAEA-Inspektionen im Iran: Eine Gruppe von Mitarbeitern der

Atombehörde reiste von Wien aus, um den Atomreaktor in Bushehr zu überprüfen.

Mit der US-Resolution dürfte dieser Prozess der Vertrauensbildung nun wieder zurückgeworfen worden sein: „Die Resolution ignoriert die Tatsache, dass die IAEA nach über zwei Jahrzehnten Inspektionen im Iran keinen Bericht über die Abzweigung auch nur eines Gramms nuklearen Materials veröffentlicht hat. Diese Tatsachen verdeutlichen, wie unnötig, politisiert und provokativ der Resolutionsentwurf ist“, sagte Najafi vor Medienvertretern nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses: „Die Islamische Republik Iran wird weiterhin ihren internationalen Verpflichtungen nachkommen. Sie wird jedoch nicht zögern, ihr Volk zu verteidigen, ihre unveräußerlichen Rechte zu schützen, ihre Souveränität und Sicherheit zu wahren und ihre nationalen Interessen mit allen Mitteln zu verteidigen“, erklärte er.

Als im vergangenen Juni der Gouverneursrat eine ähnliche Resolution annahm, nahmen Israel und die USA dies zum Vorwand, eine zwölf tägige Bombardierung zu beginnen. „Die jetzige Resolution ist weicher“, betonte ein Mitglied der russischen Delegation zu mir. Denn statt sofort Maßnahmen vom Iran zu fordern, gibt sie ein Zeitfenster für die Umsetzung bis zum nächsten regulären Treffen am 7. September. Dort soll Grossi wieder über den Fortschritt berichten. Ist dieser unzufriedenstellend, kann es sich der IAEA-Gouverneursrat vorbehalten, das Thema Ende September 2026 vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen.

Die USA scheinen also vorrangig Zeit gewinnen zu wollen und mit Hilfe der IAEA und Grossi politischen Druck auf den Iran ausüben zu wollen, wurde mir von IAEA-Experten, die anonym bleiben wollen, erklärt.

Die am Mittwoch in Wien angenommene Resolution hat das Potential, den Islamabad-Prozess zwischen den USA und dem Iran massiv zu verlangsamen. Dass sie diesen beenden wird, glauben die meisten Beobachter nicht. Stattdessen scheint die Überlegung der USA und ihrer europäischen Alliierten zu sein, die Frage des iranischen Atomprogramms wieder auf die Agenda der Gespräche in Islamabad zu bringen.

Denn bisher konnte sich der Iran mit seinen Forderungen bezüglich des Ablaufs der Gespräche durchsetzen: Die iranische Seite weigert sich, „im aktuellen Stadium“, wie es heißt, das Atomprogramm zu besprechen. Stattdessen soll, so ist zu vernehmen, das Atomprogramm erst in einer zweiten Phase der Verhandlungen einbezogen werden. Zunächst soll es ein Abkommen über einen dauerhaften Waffenstillstand, die Kontrolle der Straße von Hormus und die Lockerung der Sanktionen geben. Nach Ablauf einer 60-tägigen Frist zur Umsetzung der Phase 1 sollen die Verhandlungen in die nächste Stufe eintreten und das Atomprogramm umfassen.

Das ist nicht im Interesse der USA, und so versuchen sie nun über den Umweg Wien, die Frage des iranischen Atomprogramms doch noch in die Verhandlungen in Islamabad einzubeziehen.

Die IAEA unter Generaldirektor Grossi spielt dabei eine zunehmend parteiische und politische Rolle. Denn Grossi weigert sich, Ukraine, USA und Israel als die Aggressoren von Angriffen auf Atomanlagen im russisch kontrollierten Teil der Ukraine, aber auch in der Region Kursk im russischen Staatsgebiet oder dem Iran zu verurteilen. Stattdessen wurde am Mittwoch eine Resolution verabschiedet, in der die Aggressoren der Angriffe auf Atomanlagen von den Opfern dieser Angriffe den Zugang zu den beschossenen Anlagen fordern.

Auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten wurde Anfang Mai eine Atomanlage von Drohnen, die wohl aus dem Irak kamen, getroffen. In den vergangenen Monaten häufen sich derartige Angriffe auf Atomanlagen - das könnte verheerende Folgen für die Menschen in Osteuropa und am Persischen Golf haben. Vor 60 Jahren wurde die IAEA gegründet, um derartige Angriffe zu verhindern - in den Jahren unter Generaldirektor Grossi wurden sie jedoch zur neuen Normalität der Kriegsführung.

Titelbild: Massimo Parisi/shutterstock.com